

TOP 12



**Fraktion
im Gemeinderat Havixbeck**

www.gruene-havixbeck.de
fraktion@gruene-havixbeck.de

04. Mai 2011

Antrag Stellungnahme Regionalplanentwurf Windkraft

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gromöller,
geehrte Damen und Herren,

der Rat möge beschließen:

Die Gemeinde Havixbeck fordert, auf die Darstellung und Ausweisung von Windvorrangzonen im neuen Regionalplan zu verzichten und die Ausweisung entsprechender Flächen für den Bau von Windkraftanlagen den Kommunen und ihren politischen Gremien zu überlassen.

Begründung

Bei den ausgewiesenen Windvorrangflächen handelt es sich überwiegend um eine Fortschreibung der stark begrenzten Flächen des noch gültigen Planwerks. Derzeit stehen im Münsterland einem „Repowering“ sowohl planungsrechtliche (z. B. Höhenbegrenzung in den Flächennutzungsplänen) wie auch privatrechtliche Regelungen (z. B. Pachtverträge der einzelnen Standorte der Windkraftanlagen) entgegen.

Der nun kommende Erlass zur Windkraft, der bereits im Entwurf vorliegt, wird ignoriert.

Die Ausweisung von Windvorrangzonen ist eine Besonderheit des Regionalplans Münsterland. Die anderen Regionalpläne in NRW verzichten auf die zeichnerische Darstellung von Windvorrangzonen und formulieren nur textlich-allgemeine Aussagen. Dort ist man offenbar der Überzeugung, dass die Planungshoheit für eine Nutzung der Windkraft besser bei den Kommunen aufgehoben ist. Dem stimmen wir zu.

In kommunalen Planungsprozessen kann die Gewinnung regenerativer Energien im Rahmen einer sozialverträglichen und an ökologischen Grundsätzen ausgerichteten Technikgestaltung breit diskutiert, können Schutzziele für Mensch und Natur direkt vor Ort formuliert und eine von allen Beteiligten akzeptierte Planung auf den Weg gebracht werden. Die flexible Nutzung der zur Verfügung stehenden Flächen durch die Verantwortlichen vor Ort wäre also nicht nur effizienter, sondern mit Blick auf die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der ortsansässigen Bevölkerung auch deutlich sozialverträglicher als die Beschränkung auf die im Entwurf festgelegten Grenzen. All dies ist auch mit Blick auf den bundespolitischen Bedeutungszuwachs regenerativer Energiequellen und deren zu erwartenden künftigen Ausbau zu berücksichtigen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90– DIE GRÜNEN

Ulrike Ludewig